

Stand: 28.01.2026 21:37:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4675

"Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Alle - damit der Praxisbesuch nicht schon an der Türschwelle scheitert"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4675 vom 22.01.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5906 des GP vom 25.02.2025
3. Beschluss des Plenums 19/6101 vom 01.04.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 01.04.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Alle – damit der Praxisbesuch nicht schon an der Türschwelle scheitert

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderung im Freistaat in den Fokus zu nehmen und gemeinsam mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren des Gesundheitswesens an konkreten Verbesserungen zu arbeiten.

Hierbei sollen insbesondere

- Barrieren in Bezug auf Gesundheitseinrichtungen und -dienste weiter abgebaut sowie die Qualität der Versorgung von Menschen mit Behinderung weiter verbessert werden,
- der barrierefreie Zugang zu Präventionsprogrammen sichergestellt werden,
- die Sensibilisierung für die Thematik und den vorurteilsfreien Umgang mit Patientinnen und Patienten mit Behinderung in den medizinischen Lehrplänen verankert werden,
- die gynäkologische Versorgung von Frauen mit Behinderung in Bayern sichergestellt werden,
- ein Förderprogramm aus Landesmitteln zum Abbau baulicher Barrieren in Gesundheitseinrichtungen des Freistaates sowie zur Anschaffung von Medizinprodukten zur barrierefreien Behandlung aufgelegt werden,
- die Belange von Menschen mit Behinderung in der stationären Versorgung bei der Krankenhausplanung im Zuge der beschlossenen Krankenhausreform verstärkt berücksichtigt werden.

Begründung:

Menschen mit Behinderung haben oftmals eine deutlich schlechtere Gesundheit als nichtbehinderte Menschen, wie vielen Studien belegen. Eine Studie des Robert Koch-Instituts (RKI) zur Gesundheit von Frauen mit Behinderung beispielsweise zeigt, dass nur rund 19 Prozent der Frauen mit Beeinträchtigungen ihre Gesundheit als gut oder sehr gut wahrnehmen (im Gegensatz zu rund 75 Prozent der Frauen ohne Beeinträchtigungen). Aus dieser Diskrepanz ergibt sich, dass Menschen mit Behinderung die ambulante und stationäre Versorgung häufiger in Anspruch nehmen müssen als Menschen ohne Behinderung. Hinzu kommt, dass Erkrankungen und Behinderungen sich wech-

selseitig bedingen. Einerseits resultieren zahlreiche Behinderungen aus vorangegangenen Erkrankungen, andererseits sind Menschen mit Behinderung, falls sie erkranken, häufig länger durch die Erkrankung eingeschränkt.

Umso wichtiger ist gerade für diese Personengruppe ein uneingeschränkter, barrierefreier Zugang zu unserem Gesundheitssystem. Die Realität in Bayern sieht aber immer noch anders aus. Während § 76 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) alle Versicherten in Deutschland das Recht auf freie Arztwahl einräumt (bei gesetzlich Versicherten lediglich eingeschränkt durch die Bestimmungen zur vertragsärztlichen Versorgung), gilt dieses Recht für Menschen mit Behinderung aber de facto nicht, sofern sie auf Praxen angewiesen sind, die einzelne oder mehrere Merkmale der Barrierefreiheit erfüllen. In diesem Fall ist ihre freie Arztwahl erheblich eingeschränkt, besonders in Bayern. Hier sind nur 7 Prozent der Praxen komplett barrierefrei, nur 38,8 Prozent verfügen über mindestens eine Vorkehrung zur Barrierefreiheit. Damit ist Bayern das Schlusslicht unter den Bundesländern wie aktuelle Zahlen des Sozialverbands VdK zeigen.

Auch bei Physiotherapie-Praxen, Rehakliniken, Sanitätshäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen, mangelt es derzeit oftmals noch an der Barrierefreiheit. Ein Zustand, der gerade aus dem Präventionsgedanken heraus untragbar ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass viele Ärztinnen und Ärzte bei der Behandlung von Menschen mit Behinderung schwierige Kommunikation und Diagnostik fürchten und daher bei der Terminvergabe zurückhaltend sind. Zudem berichten Frauen mit Behinderung in einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) häufig von schlechter bzw. psychisch verletzender Behandlung im Rahmen der gesundheitlichen Versorgung. All diese Faktoren zeigen auf, dass es im Gesundheitswesen für Menschen mit Behinderung immer noch viel zu viele Hürden gibt und das, obwohl Deutschland mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahre 2009 bereits zugesichert hat, das Recht von Menschen mit Behinderung auf ein erreichbares Höchstmaß an Gesundheit ohne Diskriminierung anzuerkennen und geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung derselben zu treffen.

Die Bundesregierung hat die Notwendigkeit des Handels erkannt und mit ihrem Aktionsplan einen Schritt in die richtige Richtung unternommen. Doch das ist nicht ausreichend. Auch auf Länderebene muss sich dringend etwas tun.

Die Staatsregierung muss dringend aktiv werden und der Barrierefreiheit im Gesundheitswesen in Bayern höchste Priorität einräumen, um bestehende Barrieren für Menschen mit Behinderung endlich zu beseitigen. Eine stärkere Sensibilisierung für das Thema und ein Abbau von Vorurteilen sollte hierbei bereits im Studium erfolgen. So kann sichergestellt werden, dass Studierende entsprechende Kompetenzen erwerben und Patientinnen und Patienten mit Behinderung genauso unbefangen gegenüberstehen wie nichtbehinderten Patientinnen und Patienten. In den Lehrplänen der medizinischen Ausbildung sowie in der fachärztlichen Weiterbildung müssen die relevanten Aspekte verankert werden.

Der besonders dramatischen Unterversorgungssituation für Frauen mit Behinderung im Bereich der Gynäkologie muss endlich entgegengewirkt werden, nicht zuletzt, da sich die Situation dort noch weiter verschlechtert hat. Hier kann die Staatsregierung mit einem Förderprogramm dafür sorgen, dass beim Abbau von baulichen Barrieren und der Anschaffung spezieller Medizinprodukte zur barrierefreien Behandlung wie z. B. Hebelifte oder höhenverstellbare Untersuchungsstühle, finanzielle Hilfe seitens des Freistaates gewährt wird.

Neben der ambulanten Versorgung bietet die anstehende Krankenhausreform und die damit einhergehende bayerische Krankenhausplanung eine gute Gelegenheit, die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung auch in der stationären Versorgung noch stärker in den Fokus zu nehmen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/4675**

**Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Alle - damit der Praxisbesuch nicht
schon an der Türschwelle scheitert**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderung im Freistaat im Fokus zu behalten und gemeinsam mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren des Gesundheitswesens im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel an weiteren konkreten Verbesserungen zu arbeiten.“

Hierbei sollen insbesondere

- Barrieren in Bezug auf Gesundheitseinrichtungen und -dienste weiter abgebaut sowie die Qualität der Versorgung von Menschen mit Behinderung weiter verbessert werden,
- der barrierefreie Zugang zu Präventionsprogrammen sichergestellt werden,
- die gynäkologische Versorgung von Frauen mit Behinderung in Bayern sichergestellt werden.

Der Landtag appelliert an die Bayerische Landesärztekammer, die Sensibilisierung für die Thematik und den vorurteilsfreien Umgang mit Patientinnen und Patienten mit Behinderung in den medizinischen Lehrplänen bzw. Weiterbildungsangeboten zu verankern.“

Berichterstatter:

Andreas Hanna-Krahl

Mitberichterstatter:

Helmut Schnotz

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 25. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

SPD: Enthaltung

in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/4675, 19/5906

Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Alle – damit der Praxisbesuch nicht schon an der Türschwelle scheitert

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderung im Freistaat im Fokus zu behalten und gemeinsam mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren des Gesundheitswesens im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel an weiteren konkreten Verbesserungen zu arbeiten.

Hierbei sollen insbesondere

- Barrieren in Bezug auf Gesundheitseinrichtungen und -dienste weiter abgebaut sowie die Qualität der Versorgung von Menschen mit Behinderung weiter verbessert werden,
- der barrierefreie Zugang zu Präventionsprogrammen sichergestellt werden,
- die gynäkologische Versorgung von Frauen mit Behinderung in Bayern sichergestellt werden.

Der Landtag appelliert an die Bayerische Landesärztekammer, die Sensibilisierung für die Thematik und den vorurteilsfreien Umgang mit Patientinnen und Patienten mit Behinderung in den medizinischen Lehrplänen bzw. Weiterbildungsangeboten zu verankern.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmiliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmiliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenhaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Unternehmen und Industrie
Zukunft der europäischen Automobilindustrie
30.01.2025 - 13.02.2025
Drs. 19/5120, 19/6006 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREEIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
Gemeinsame Fischereipolitik – Bewertung
27.01.2025 - 21.04.2025
Drs. 19/5121, 19/6035 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern
Drs. 19/4608, 19/5921 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Holger Grießhammer u.a. und Fraktion (SPD)
Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen – Sofortmaßnahmen umsetzen
Drs. 19/4671, 19/5894 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Alle – damit der Praxisbesuch nicht schon an der Türschwelle scheitert
Drs. 19/4675, 19/5906 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD) Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern verbessern
Drs. 19/4729, 19/5907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayern trägt Verantwortung! – Transparenz und Digitalisierung in der Provenienzforschung vorantreiben
Drs. 19/4743, 19/5911 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten!
Drs. 19/4755, 19/5912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Potenziale von Biomasse aus Land- und Forstwirtschaft als Alternative zu fossilen Rohstoffimporten
Drs. 19/4756, 19/5889 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken I:
Einrichtung eines „Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie“
Drs. 19/4790, 19/5913 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken II: Präventionsgesetz ergänzen
Drs. 19/4791, 19/5908 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken III: Bedarf an Kinder- und Jugendpsychotherapeuten gesondert beplanen
Drs. 19/4792, 19/5909 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Alex Dorow, Petra Guttenberger u.a. CSU
Verbesserung des Opferschutzes
Drs. 19/4798, 19/6010 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------	--------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Denkmalschutz entbürokratisieren: Digitale Plattform für Denkmalfördermittel einrichten und Antragsverfahren beschleunigen
Drs. 19/4799, 19/5914 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ENTH				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren: Neufassung der Vollzugsvorschriften des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes
Drs. 19/4800, 19/5915 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren:
Regelung für bewegliche Denkmäler streichen
Drs. 19/4801, 19/5916 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren:
Verfahrensfreiheit für Photovoltaikanlagen
Drs. 19/4802, 19/5917 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stiftung Opferhilfe Bayern stärken, Parallelstrukturen vermeiden
Drs. 19/4806, 19/6011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ohne				

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

19. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Bio boomt: Bäuerinnen und Bauern bei Umstellung auf ökologische Landwirtschaft unterstützen
Drs. 19/4807, 19/5890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Für ein Ende der Richterrotation und gegen den Laufbahnwechsel zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Richteramt in der Justiz
Drs. 19/4879, 19/6012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

21. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen – Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung
Drs. 19/4894, 19/6013 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Bericht über die Planungen und Fortschritte zur weiteren Nutzung des Nürnberger Fernmeldeturmes
Drs. 19/4896, 19/5918 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Böltl, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vom Patent zum Produkt – Transfer von Wissenschaft in die Wirtschaft stärken
Drs. 19/4897, 19/5919 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Keine Grunderwerbsteuer auf die erste, selbst genutzte Immobilie!
Drs. 19/4970, 19/5936 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Streichung des § 188 StGB
Drs. 19/4973, 19/6014 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Folgen der Einstellung der Schweineschlachtung in Augsburg
Drs. 19/4984, 19/5891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Wirtshaussterben aufhalten – Spezielle Raucherlokale gestatten
Drs. 19/4988, 19/5892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Tourismusbranche zukunftsfähig aufstellen – Steuergesetzgebung anpassen
Drs. 19/4991, 19/5937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Deutschlandticket dauerhaft sichern
Drs. 19/5005, 19/5938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Vermeidung von doppelter oder mehrfacher Staatsbürgerschaft wieder zum Leitprinzip erheben
Drs. 19/5006, 19/6015 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus I – Online-Radikalisierung verfolgen und bekämpfen!
Drs. 19/5026, 19/5895 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus II – Ein Update für die Prävention und Radikalisierungsforschung!
Drs. 19/5027, 19/5896 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus III – Terrorfinanzierung austrocknen!
Drs. 19/5028, 19/5897 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus IV – Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden voranbringen!
Drs. 19/5029, 19/5898 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
„Olaf Scholz begleitet die Einbürgerung einer türkischen Staatsbürgerin ohne Deutschkenntnisse in Nürnberg – Information der Staatsregierung“
Drs. 19/5083, 19/6016 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

36. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Bayern muss Konsequenzen aus islamistischen Anschlägen ziehen!
Drs. 19/5084, 19/5899 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Therapieplätze, weniger Wartezeit:
Lösung für Sonderbedarfszulassungen
Drs. 19/5086, 19/5910 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

38. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Ferdinand Mang, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Zurück zu Deutsch als Wissenschaftssprache
Drs. 19/5097, 19/5920 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen I:
Entwicklung eines Bund-Länder-Aktionsplans gegen Islamismus
Drs. 19/5098, 19/5900 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

40. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen II:
Maßnahmen zur Transparenz der Auslandsfinanzierung von Moschee-Vereinen in Deutschland
Drs. 19/5099, 19/5901 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

41. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen III:
Prüfung der Einrichtung einer bundesweiten multidisziplinären Dokumentationsstelle „Politischer Islamismus“
Drs. 19/5100, 19/5902 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen IV:
Präventionsarbeit gegen Islamismus weiter ausbauen
Drs. 19/5101, 19/5903 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

43. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Barbara Becker, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen V:
Mädchen und Frauen schützen! Stärkung der Strukturen gegen Zwangsheirat und Verschleppung, Schaffung einer Melde- und Koordinationsstelle
Drs. 19/5102, 19/5904 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

44. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen VI:
Islamistische Versammlungen unterbinden und Einzelpersonen genau ins Visier nehmen
Drs. 19/5103, 19/5905 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stand und Zukunft des EU-Schulprogramms in Bayern
Drs. 19/5163, 19/5893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Eine Frage der Generationengerechtigkeit – Absenkung des Wahlaters auf 16 Jahre
Drs. 19/5205, 19/6017 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.